

Ein Fördermittelbescheid löst im Residenzdorf Hummelshain Freude und Erschrecken aus – stehen Vorstandsmitglieder nun aus Haftungsgründen „mit einem Bein im Knast“?

Die Freude über den gerade aus Berlin eingetroffenen stattlichen Fördermittelbescheid für Schloss Hummelshain ist riesengroß. Doch die Frage, die Schatzmeisterin Katrin Schönberg dem Vereinsvorsitzenden dazu stellte, wirkte wie eine kalte Dusche: „Stimmt es, dass wir Vorstandsmitglieder haften müssen, wenn bei dem Projekt etwas daneben geht? Sogar mit unserem persönlichen Vermögen. Obwohl wir das alles ehrenamtlich machen – das kann doch nicht sein, oder?“

Im Förderverein Schloss Hummelshain, der 34 Mitglieder und einen fünfköpfigen Vorstand hat, war über dieses Thema schon voriges Jahr gesprochen worden. Da ging es allerdings „nur“ um 74.000 € Landesfördermittel, mit dem der Verein in den vergangenen Monaten zwei einsturzgefährdete Bereiche am Westflügel des Thüringer Problemschlusses saniert hat.

Inzwischen ist viel geschehen. Im Herbst 2016 hat der Verein mit Unterstützung des Thüringer Landesamtes für Denkmalspflege und eines Architekturbüros einen wirklich großen Förderantrag auf den Weg gebracht. Schwerpunkte: die denkmalsgerechte Sanierung des stark geschädigten Daches sowie die Trockenlegung des Gebäudes von unten. Für die Arbeiten werden sechs Jahre veranschlagt. Wertumfang: 1,53 Millionen Euro, finanziert je zur Hälfte vom Bund und vom Freistaat Thüringen. In diesen Antrag, der 160 Seiten lang ist, wurde sehr viel Arbeit investiert. Die Chancen aber waren völlig ungewiss.

Zunächst einmal musste eine Expertenkommission der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien ihr fachlich Votum abgeben. Diese stufte das Hummelshainer Jagd- und Residenzschloss im Mai dieses Jahres als Bauwerk von nationaler Bedeutung ein - damit war die erste Hürde genommen. Und am 19. Juni erteilte Staatsministerin Monika Grütters dem Verein auch die Fördermittelzusage. Damit ist der Weg frei für die nachhaltige Sicherung des in seiner Art einzigartigen Schlosses – für die Arbeit des seit 1998 bestehenden Vereins ein „Durchbruch“ und Grund zu großer Freude. Doch nun die berechtigte Sorge der Vorstandsmitglieder: Bei einem großen Bauprojekt an einem historischen Gemäuer mit maroder Bausubstanz kann fraglos mancherlei schief gehen. „Stehen wir damit jetzt sozusagen mit einem Bein im Knast?“, wie es Vorstandsmitglied Andreas Dreißel formulierte.

Bei seinen ersten Recherchen musste Vereinschef Rainer Hohberg feststellen, dass die Fragen seiner Vorstandskollegen durchaus berechtigt sind. Etwas ehrenamtlich und unentgeltlich zu tun, schützt in der Tat nicht vor Haftungsansprüchen. Aber wir haben als Verein schon so viele knifflige Probleme gelöst, ist Hohberg überzeugt, wir werden auch für dieses eine Lösung finden. Gibt es in Thüringen nicht eine Ehrenamtsstiftung, über die ehrenamtlich tätige versichert sind? Die existiert tatsächlich, bereits 2002 unter Ministerpräsident Althaus ins Leben gerufen. Die Antwort der Stiftung auf Hohbergs Anfrage ist allerdings enttäuschend: Besagte Versicherung greift nur für ehrenamtlich tätige Bürger, die **n i c h t** in Vereinen organisiert sind nicht. Das ist ziemlich absurd, da der überwältigende Teil ehrenamtlicher Arbeit bekanntlich in Vereinen geleistet wird - aber es ist so.

Doch immerhin gibt es private Versicherungen für genau diesen Zweck: Haftpflichtversicherungen und Vermögensschadenshaftpflichtversicherungen für

Vereine, insbesondere für die haftenden Vorstandsmitglieder. Hohberg hat inzwischen von verschiedenen Versicherungen Angebote eingeholt. Diese sind nicht eben billig, kosten pro Jahr zwischen 500 - 900 Euro. Aus den Mitgliedsbeiträgen ist das nicht zu finanzieren. Aber davon will sich der Hummelshainer Förderverein nicht abschrecken lassen. Schon mehrfach haben Spender und Sponsoren geholfen, schwierige Probleme zu lösen. Die Vereinsmitglieder hoffen, dass es auch diesmal klappen wird. Es geht immerhin um ein lohnendes Ziel: Die Rettung dieses Kleinods der Thüringer Schlösserlandschaft ist mit den aktuellen Fördermittelzusagen von Bund und Freistaat in greifbare Nähe gerückt.